

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Verlagspreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 18 Hg., die Reklamezeile 48 Hg. Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatl. 1.56 Mk., die Einzelnummer kostet 18 Hg. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge des Gewalts od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 102

Altensteig, Samstag den 3. Mai 1930

53. Jahrgang

Der Etat vor dem Reichstag

In der Freitags-Sitzung des Reichstags stand auf der Tagesordnung der zunächst sehr schwach besuchten Sitzung als einziger Punkt die erste Beratung des Etats für 1930.

Reichsfinanzminister Dr. Woldenbauer

leitet die Beratung mit einer längeren Rede ein. Rückblickend auf das Jahr 1929 schildert er zunächst, wie verhängnisvoll der immer wieder hinausgeschobene Abschluss der Reparationsverhandlungen auf die Entwicklung der deutschen Wirtschaft und im Zusammenhang damit auf die Finanzlage des Reiches gewirkt habe. Kamentlich die Entwicklung in den letzten Monaten des Jahres 1929 hätte dazu geführt, daß der Fehlbetrag dieses Jahres mit über 300 Millionen Mark einzusparen sei. Darum müsse der Sanierung der Reichsfinanzen der Vorrang vor der ursprünglichen in einem früheren Zeitpunkt in Aussicht genommenen Entlastung der Wirtschaft eingeräumt werden. Der Minister ginge dann näher auf die augenblickliche Wirtschaftslage ein und bezeichnete den zur Zeit bestehenden Kapitalmangel als das Grundübel, an dem unsere Wirtschaft krank, und aus dem sich in unheilvoller Wechselwirkung hoher Zinsfuß, Unbilligkeit notwendiger Rationalisierung, Schwächung des Inlandsmarktes, Konkurrenzunfähigkeit auf dem Weltmarkt, steigende Arbeitslosigkeit vom Ausland und Arbeitslosigkeit ergeben. Dieser verhängnisvolle Kreislauf könne nur unterbrochen werden, wenn durch eine wesentliche Entlastung der Wirtschaft die Grundlage für die Bildung neuen Kapitals geschaffen werde. Die Steuerentlastung sei das wichtigste Problem unserer künftigen Finanz- und Wirtschaftspolitik. Keine Regierung werde die Grundlage des vom Reichstag gebilligten Finanzprogramms, Kapitalneubildung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Steuerentlastungen wieder aufheben können. Das Fundament für die Durchführung des Programms sei aber ein ausgeglichener Etat. Dank der Berücksichtigung der Deduktionsvorläufe durch den Reichstag sei dieser Ausgleich in einer Weise erreicht, daß das Auftreten eines neuen Fehlbetrages als ausgeschlossen und das Fundament für die Steuerentlastung des Jahres 1931 als gesichert angesehen werden könne.

Mit Hilfe der Kreueranleihe und des Schuldentilgungsfonds von 515 Millionen werde es möglich, im Laufe des Jahres 1930 schwebende Schulden in Höhe von rund einer Milliarde abzulösen. Die dann noch in der Schwebelage bleibende Schuld sei nicht mehr bedrohlich und für ihre Abbedung in den künftigen Jahren seien Verhandlungen vorbereitet. Den im Gesetz über die Vorbereitung der Finanzreform als Mindestmaß der künftigen Steuerentlastungen eingestellten Sach von 600 Millionen Reichsmark könne man durchaus als gesichert betrachten. Der Minister ludt dies zahlenmäßig zu belegen und erklärt, er könne den Pessimismus der Kritiker, die diesen Betrag als überschätzt ansähen, nicht teilen. Einen Anfang der Steuerentlastungsaktion stelle das dem Reichstag demnächst zugehende Ermächtigungsgesetz für Maßnahmen dar, welche die Kapitalversorgung der deutschen Wirtschaft erleichtern sollen.

Die ersten zur Verfügung stehenden Beträge sollen zur Senkung der von den Ländern und Gemeinden erhobenen Realsteuern dienen. Der endgültige Finanzausgleich müsse den bemesslichen Faktor im Gemeindesteuersystem schaffen und die Verstärkung der Aufsicht über die Finanzverwaltung der Gemeinden durch Einführung obligatorischer Rechnungsprüfung durch eine von den Gemeinden unabhängige Stelle. — Der Etat selbst sei auf der Einnahmeseite vorzüglich, auf der Ausgaben Seite sparsam aufgestellt. Bei den Steuererhöhungen sei eine wesentliche Besserung der Konjunktur nicht in Rechnung gestellt worden. Ein gewisses Risiko liege in den Zöllen, deren Ertrag in hohem Maße vom Ausfall der Ernte abhängig sei. Auf der Ausgaben Seite seien von der Konjunkturentwicklung besonders die Posten für Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge bedroht. Welche Maßnahmen zur Abwendung dieser Gefahr zu ergreifen seien, wane im einzelnen noch nicht gesagt werden; sie müßten aber mit großer Beschleunigung durchgeführt werden, damit nicht durch eine Verzögerung von dieser Seite her eine Gefährdung des Etatsausgleichs eintrete. Die Befürchtung, daß eine erhebliche Gefährdung des Etatsausgleichs auch von der Ausgestaltung des Disprogramms drohe, erklärt der Minister für unbegründet. Das Ausmaß der Hilfe finde seine gegebene Grenze in der Notwendigkeit, den Etat gedeckt zu halten. Die wichtigsten und dringlichsten Maßnahmen eines Disprogramms seien Umschuldung, Bekämpfung, Lastensenkung, Verkehrsverbesserung, Hebung der Arbeitslage und Siedlung. Dafür würden alle verfügbaren Mittel bereitgestellt werden. Aus der großen Zahl der für die Ausgabenentlastung im Reich, Ländern und Gemeinden beabsichtigten Maßnahmen erwähnt der Minister folgende: Festlegung einer Höchstgrenze, über die hinaus die gesamten Ausgaben nicht steigen dürfen. Verminderung der Zahl der Reichsbehörden durch allmähliche Auflösung oder Zusammenlegung bestehender Behörden, Verringerung des Personalaufwandes, Einschränkung des Doppelpostens von Bezügen bei Gehalts- und Pensionsempfängern, Angleichung der Besoldung in Reich, Ländern und Gemeinden. Daneben freit der Minister auch das Problem der großen Reichsreform. Er schließt mit einem Appell an alle Parteien, mitzuwirken an der Ordnung des Etats und Kassensystems, die im gemeinsamen Interesse aller Parteien liege. Eine Unordnung gerade auf diesem Gebiete gefährde die Wurzeln

des staatlichen und politischen Lebens und es müße Aufgabe aller Parteien sein, den Fortbestand der jetzt in Angriff genommenen Wiederherstellung gesunder Finanzverhältnisse zu gewährleisten.

Zur Umsatzsteuer erklärte der Minister, daß darüber Klage geführt werde, daß die Großunternehmungen des Kleinhandels beabsichtigten, die Umsatzsteuer auf ihre Lieferanten abzuwälzen. Er werde prüfen lassen, ob dies nur eine Einzelercheinung sei oder einen allgemeinen Charakter habe, um dann eventuell mit geeigneten Maßnahmen dagegen vorzugehen. Nach der Erledigung der Gewerbesteuerentlastung werde auch die Senkung der direkten Steuern folgen. Zur Frage der Reichsreform äußerte der Minister sich dahin, daß alle finanziellen Fragen auch mit der Reichsreform zusammenhängen. Hier liege der letzte Schritt vor, der getan werden müsse, wenn die gesamte öffentliche Verwaltung in Deutschland auf den höchsten Leistungsgrad sparsamer und zweckmäßiger Wirtschaft gebracht werden solle. Alle die finanziellen Maßnahmen würden fest bleiben und unwirksam sein, wenn nicht auch die große Frage der Reichsreform gelöst werde.

Die Ministerrede wurde nur selten durch Zwischenrufe der Sozialdemokraten und Kommunisten unterbrochen. Sie fand am Schluß den Beifall der Regierungsparteien.

Abg. Bogel (Soz.) erinnert an die Vorgänge bei der Annahme des Dawesplanes. Wie dieser, so sei auch der Youngplan nur durch die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen worden. Die Sozialdemokraten seien gewohnt, auch in der Opposition zu allen politischen Fragen rein sachlich Stellung zu nehmen. Die Annahme des Youngplanes habe die Bahn freigemacht für die Bildung des Bürgerblocks gegen die Sozialdemokratie. Diesmal seien auch die Demokraten dabei, deren Enthaltung sich in durchaus reaktionärer Richtung vollzogen habe. Die Bürgerblockregierung bringe in der kurzen Zeit ihres Bestehens den Klassenkampf in ausgeprägtester Form gegen die Arbeiterklasse geführt. In der Frage des Panzerkreuzers B hätten wieder einmal die zivilen Minister mit dem Wunsch des Militärs gestimmt. Wir fragen, so erklärt der Redner, wie sich die Regierung zu dem Beschluß des Reichstags stellt. Die ärztlichen Arbeiter sind durchaus einig mit den sozialdemokratischen Arbeitern im Widerstand gegen den von der neuen Regierung geplanten Leistungsabbau bei der Arbeitslosenversicherung und der Sozialversicherung überhaupt. Die Sozialdemokratie werde dieses Kabinett der sozialen Reaktion aufs Schärfste bekämpfen.

Abg. Erbig (Z.) widerspricht der Behauptung des Redners, daß die bürgerlichen Parteien die Große Koalition zerfallen hätten. Tatsächlich habe allein die Sozialdemokratie die Auflösung der letzten Koalition verschuldet. Ueber die Verhandlungen mit der thüringischen Regierung sollte dem Reichstag baldmöglichst eine Denkschrift zugehen. Würde das Zentrum im thüringischen Landtag so hart sein wie die Sozialdemokratie, dann wäre Herr Dr. Fritsch nicht Innenminister geworden. Bislang ist ja auch die Tatsache, daß im roten Freistaat Sachsen eine parlamentarische Regierung so schwer gebildet werden kann. Würden die Sozialdemokraten bereitwilliger die Verantwortung übernehmen, dann könnten die radikalen Richtungen von rechts und links nicht so hart anwachsen, wie es jetzt zu beobachten ist. Die jetzigen Schwierigkeiten sind vor allem dadurch verschuldet worden, daß der Reichstag 1929 dem Steuerprogramm der Regierung nicht zustimmen wollte. (Rufe von den Sozialdemokraten: „Das war ja Hilsferdingers Programm!“) Wir erkennen auch bei politischen Gegnern an, was anzuerkennen ist. Der sozialdemokratische Abgeordnete Marum hat auf einer Konferenz in Karlsruhe anerkannt, daß die Zentrumspolitik richtig war, die Finanzfragen mit der Youngregelung zu verquiden. Das Kabinett Brüning hat gezeigt, wie durch Anwendung aller verfassungsmöglichen Mittel sehr schnell eine Entscheidung des Parlaments erreicht werden kann. Das Geschick der sozialdemokratischen Presse über die Erhöhung der indirekten Steuern ist nicht ernstzunehmen. In den Ländern und Gemeinden mit roter Mehrheit werden die indirekten Steuern viel härter angespannt. Das Zentrum wird seiner Tradition gemäß immer an der Sozialpolitik festhalten. Die Voraussetzung ist aber eine Sanierung der Finanzen. 485 Millionen sind im neuen Etat für die Arbeitslosenversicherung ausgeworfen. Den Reichsratsbeschlüssen zum Panzerkreuzer lehnen wir ab, weil andere Aufgaben dringlicher sind.

Abg. Torgler (Kom.) bezeichnet es als auffällig, daß von den Deutschnationalen noch kein Redner gemeldet ist. Wahrscheinlich stehe noch nicht fest, ob Hugenberg oder Westarp die Fraktion vertritt. Dieser häusliche Streit ändere aber nichts daran, daß tatsächlich Hugenberg der Einheitsführer des Kabinetts Brüning sei und bleibe. Bei den Demokraten sei der Zwiespalt nicht weniger groß. Herr Georg Bernhardt sehe man unentschieden zwischen Hellpach und Lemmer „herumtanzen“. (Heiterkeit.) Der vorliegende Etat sei ein Beweis dafür, wie mit dem Schicksal der deutschen werktätigen Bevölkerung Schindluder getrieben wird.

Abg. Dr. Cremer (DfP.) weist darauf hin, daß es sich bei dem vorliegenden Etat um den Werk des früheren sozialdemokratischen Finanzministers Dr. Hilsferding handele. Damit sei schon der Vorwurf des sozialdemokratischen Debatteredners

derivat, daß die Finanzpolitik sich gegen die arbeitende Bevölkerung richte. Die Deutsche Volkspartei sei auch nicht zufrieden mit allen Ergänzungen, die das ursprüngliche Finanzprogramm in der letzten Zeit erfahren habe. Die Notwendigkeit, einem solchen Kompromiß zuzustimmen, habe sich aber daraus ergeben, daß die Sozialdemokraten die übrigen Fraktionsparteien verlassen hätten.

Ein Brief des Grafen Westarp

Berlin, 2. Mai. Der Reichstagsabgeordnete Graf Westarp hat an den Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hugenberg, sowie an den Fraktionsvorsitzenden Dr. Oberjahren folgendes Schreiben gerichtet: „Im Auftrage der in der Anlage bezeichneten 28 Mitglieder der deutschnationalen Reichstagsfraktion erlaube ich mir, Ihnen folgende Mitteilung zu machen: Wir können nicht anerkennen, daß die Abstimmung der Fraktionsmehrheit vom 12. und 14. April gegen die Parteigrundsätze oder das Parteinteresse verstoßen hat, zumal da die Fraktionsmehrheit vom 12. und 14. April gegen die Parteigrundsätze vom 3. April das von der bürgerlichen Reichsregierung unternommene, nach ausdrücklicher Feststellung der betroffenen Verbände der Landwirtschaft unbedingt erforderliche Werk zur Festlegung dieser Grundlage der vaterländischen Wirtschaft endgültig festgestellt hat. Deshalb sehen wir uns genötigt, das in dem Beschluß des Parteivorstandes vom 25. April der Fraktionsmehrheit ausgesprochene Bedauern abzulehnen.“

Ferner müssen wir uns im Hinblick darauf, daß der letzte Satz des Vorstandesbeschlusses in die Einzelabstimmungen eingreift und deshalb in den durch die Parteiführung dem Vorstande bezeugten Befugnissen nicht begründet ist, und in Wahrung des durch die Verfassung den Abgeordneten auferlegten eigenen Verantwortung auch für die Zukunft die Freiheit unseres Handelns vorbehalten.

Mit vorzüglicher Hochachtung“ u. s. w.

Nachmann, Dr. Bazille, Dingler, Domsch, Dr. von Dryander, Fromm, Hampe, Hartmann, Dr. Häflicher, Hemmer, Jandrea, Dr. Koch, Leopold, Lind, Menzel, Oster, Dr. Philipp, Dr. Kademacher, Dr. Reichert, Freiherr von Riechthofen, Schmidt (Stettin), Schröter (Pleignitz), Schulz (Bromberg), Staßfeld, Dr. Strathmann, Vogt, Wallraf, Graf Westarp.

Eine Unterredung mit dem Grafen Westarp

Reichstagsabgeordneter Graf Westarp gewährte dem Vertreter des Nachrichtenbüros des Vereins deutscher Zeitungsverleger eine Unterredung, in der er erklärte, daß er zur Zeit der Begegnung der Erklärungen, die in dem von ihm im Auftrag von 28 Fraktionsmitgliedern überreichten Schreiben enthalten sei, nichts hinzuzufügen habe. Dagegen, so fuhr er fort, möchte ich von vornherein dem Irrtum entgegenreten, als ob die Unterzeichner der Erklärung ihrerseits gewillt seien, gewissermaßen in das Lager der Regierungsparteien einzutreten. Auch wir sind, um mit den Worten des Parteivorstandesbeschlusses zu reden, durchaus der Ansicht, daß eine Unterbrechung des Kabinetts Brüning sowie die Mitübernahme der Verantwortung für seine Maßnahmen grundsätzlich nicht die Aufgabe der Fraktion und Partei ist. In diesem Sinne werden wir in jedem Einzelfalle unsere Entscheidung, deren Selbständigkeit wir uns vorbehalten zu müssen glauben, darüber treffen, welche Haltung zu den einzelnen Vorschlägen und Maßnahmen der Regierung einzunehmen ist. Sie wird von der Gesamtpolitik der Regierung abhängig sein. Wir sind überzeugt, daß die Fraktion auf dieser Grundlage ohne Zwang eine einheitliche Politik stark aktiven Charakters treiben kann. In dieser Gesamtaufassung glaube ich auch mit anderen Fraktionsmitgliedern einig zu sein.

Empfang des Nuntius

Dejensius beim Reichspräsidenten

Berlin, 2. Mai. Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den neuernannten apostolischen Nuntius Mra. Osefino zur Entgegennahme seines Beurlaubungsschreibens. Im Vorhof des Reichspräsidentenpalais erwies eine Ehrenwache dem Nuntius die militärischen Ehren. An dem Empfang nahmen Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius und Staatssekretär Dr. von Schubert teil. Der Nuntius betonte in seiner Ansprache, daß die Beziehungen zwischen dem heiligen Stuhl und Deutschland Dank der Umsicht und Logalität der deutschen Regierung und der hervorragenden Gaben seines großen Vorgängers freundschaftlich und fest seien. Er zweifle nicht daran, daß sein Wirken die Zustimmung Deutschlands und die wirksame Unterstützung der deutschen Regierung stets erlangen werde. Der Reichspräsident hob in seiner Erwiderung hervor, daß er mit Genugtuung vernehme, daß der heilige Stuhl dem Wunsch des deutschen Volkes und den Bestrebungen der Reichsregierung auf eine wahre Befriedung der Welt und eine dauernde Verbrüderung der Völker warmherziges Verständnis entgegenbringe. Er versicherte dem Nuntius, daß er seine und der Reichsregierung vertrauensvolle Unterstützung finden werde in der Ueberreichung des Beurlaubungsschreibens schloß sich eine Unterhaltung an, in deren Verlauf der Reichspräsident auch den Nuntiaterrat ins Gespräch zog.

Neues polnisches Schandurteil

Drei der Angeklagten im Pfadfinderprozess zu Gefängnis verurteilt

Bromberg, 2. Mai. Heute in den Morgenstunden hat das Bromberger Bezirksgericht im sog. Pfadfinderprozess das Urteil gefällt. Dr. Walter Burchardt wurde auf Grund des Art. 5 § 1 des Spionagegesetzes zu einem Jahr Gefängnis, wegen § 128 (Geheimbündel) zu drei Monaten Gefängnis verurteilt; die Strafe wird zu einer Gesamtsstrafe von einem Jahr Gefängnis zusammengezogen. Niekke wurde auf Grund des § 128 zu drei Monaten Gefängnis und zu 1200 Mark Geldstrafe wegen zweimaligen unrechtmäßigen Grenzübertritts, Preuß wegen § 128 zu drei Monaten Gefängnis und zu 800 Mark Geldstrafe wegen einmaligen unrechtmäßigen Grenzübertritts verurteilt. Buraw wurde freigesprochen. Die Verteidiger haben gegen dieses Urteil sofort Berufung eingelegt. Da die Verhandlungen hinter verschlossenen Türen stattfanden, sind die Strafanträge des Staatsanwalts nicht bekannt; ebenso wenig kann sich die Öffentlichkeit ein Urteil darüber bilden, wie der ganze Prozess verlaufen ist.

Der polnische Haß und die Vernichtungswut gegen die deutsche Minderheit schreden nicht davon zurück, die polnische Justiz vor dem Ausland restlos zu diskreditieren, — wenn nur das Opfer zur Strecke gebracht wird. Mit welchen Mitteln, ist einerlei. Dem polnischen Schandurteil im Deutschentumprozess folgt nun das Urteil gegen die Pfadfinder, ebenso brutal, von denselben Männern gefällt, die den Deutschentumprozess durchführten. Das Echo, das die Verhandlungen und das Urteil im ersten Bromberger Prozess in Deutschland und im übrigen Ausland fanden, und die Absicht, dem Prozess den Anstrich des Sensationellen zu geben, die Anklage dadurch desto schwerwiegender erscheinen zu lassen, waren der Grund für den vollständigen Ausschluss der Öffentlichkeit bis zur Urteilsfällung. Weil die „Staatsicherheit bedroht“ sei, hieß

es in dem Antrag des Staatsanwalts; weil man auf jeden Fall sein Opfer haben wollte und im Lichte der Öffentlichkeit um dieses Opfer gekommen wäre, stellte man die Behauptung von der bedrohten Staatsicherheit auf.

Denn, was hatten die Pfadfinder eigentlich verbrochen? Sie waren wegen Geheimbündel angeklagt, obwohl die Bromberger Ortsgruppe des Pfadfinderbundes bei der Polizei gemeldet war. Sie trugen Abzeichen des Deutschen Pfadfinderbundes und einzelne ihrer Führer standen mit der Leitung des Bundes in Berlin in Verbindung. Das wurde ihnen als besonders schweres Verbrechen angerechnet. Dr. Burchardt war der Spionage angeklagt. Er wollte eine sog. Arbeitsfahrt nach Kongresspolen organisieren, auf der die dortigen deutschen Siedlungen besucht werden sollten, um Angaben über den zahlenmäßigen Stand, die kulturelle und wirtschaftliche Lage der Siedler zu sammeln. Zunächst sollten auch reichsdeutsche Gruppen an dieser Fahrt teilnehmen. Später wurde diese Absicht und schließlich der Plan überhaupt aufgegeben, da Dr. Burchardt befürchtete, daß die polnischen Behörden die Wanderfahrt möglicherweise mißtraulich betrachten könnten. Der Plan zu dieser Wanderung, die niemals erfolgte, bildete die Grundlage zu der Anklage wegen Spionage. Weiter: Die Angeklagten sollen auf ungesetzlichem Wege die Grenze überschritten und andere Personen zur gleichen ungesetzlichen Überschreitung veranlaßt haben. Da die jungen Leute sich keine Ausländerpässe, die damals 500 Mark kosteten, leisten konnten, fuhren sie nach Danzig, wo man aus Polen mit dem Personalausweis kommt. Sie sollen sich dann von Danzig aus nach Deutschland begeben haben. Selbst wenn dies der Fall war, so haben sie nicht gegen ein polnisches Gesetz verstoßen; denn die polnisch-Danziger Grenze ist ordnungsgemäß überschritten worden. Mehrere polnische Gerichte haben in vielen ähnlichen Fällen freisprechende Urteile gefällt.

Das sind die „Verbrechen“ dieser jungen Leute, durch die die Sicherheit des polnischen Staates bedroht worden ist. Wird die Berufungsinstanz das Urteil bestätigen und die polnische Justiz endgültig dem Spott der Welt preisgeben?

Dr. Scholz über Parteizusammenschluß

Königsberg, 1. Mai. Die wirtschaftliche Vereinigung der Deutschen Volkspartei hat Vertreter der Mittelparteien zu einer Aussprache eingeladen. Diese leitete der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, ein. Er erläuterte zunächst ausführlich die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands, um dann auf die innerpolitische Neuausrichtung hinzuweisen. Er betonte, durch die ganze deutsche Politik geht heute ein Zug der Abkehr von der veralteten Parteipolitik und des Hineinrinsens der Jugend in die politischen Organisationen. Man erkennt ihren ausgesprochenen Willen, hineinzuwachsen in die aktive Politik, und sie mit neuem Leben und Schwung zu erfüllen. Mit dieser Bewegung der Jugend haben sich auch Dinge an, die zu einer fröhlicheren Annäherung der parteipolitischen Parteien drängen.

Auch auf dem Parteitag in Mannheim habe ich diesen Aufbruch der parteipolitischen Sammlung stark unterstrichen. Die Verhandlungen, die inzwischen hierüber geführt wurden, laufen erfreulich. Etwas Genaueres kann ich jedoch nicht sagen. Es bahnen sich Dinge an, die auf einen Zusammenschluß der Parteien und Verbände abzielen, die sich auf dem Boden, der aktiven Mitarbeit am Staate zusammenfinden wollen. Ich hoffe, daß sowohl der „Jugenddeutscher Orden“, als auch der „Stahlhelm“ und eine Reihe anderer Jugendverbände sich in diese Front anschließen werden. Ich glaube, daß mit der Unterstützung dieser Bestrebungen ein wesentlicher Fortschritt in der politischen Gestaltung unseres Vaterlandes erzielt werden könnte.“

Reichsratsbeschlüsse

Berlin, 2. Mai. Der Reichsrat stimmte am Freitag dem Gesetz über die Ermächtigung zur Ergreifung von steuerlichen Maßnahmen zur Erleichterung und Verbilligung der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft zu. Das Gesetz ermächtigt die Reichsregierung, mit Zustimmung des Reichsrats und des Steuerausschusses des Reichstages Erleichterungen der Kapitalertrags- und der Kapitalverkehrssteuer des Reiches sowie Grunderwerbs- und Wertzuwachssteuern der Länder und auch andere steuerliche Erleichterungen für die Kapitalverwaltungsgesellschaften, die sog. Investment-Trausts, vor.

Ferner stimmte der Reichsrat dem Gesetz zur Liquidierung der Bank für deutsche Industrieobligationen zu, die allmählich abgebaut werden kann, da mit dem Inkrafttreten des Youngplans die Industrieobligationen selbst in Fortfall kommen.

Wirtschaftskrise überall

Die amerikanische Zolltarifnovelle

Washington, 2. Mai. Der Konferenzbericht der Delegierten beider Häuser des Kongresses über das Ergebnis ihrer Bemühungen, die Unterschiede zwischen dem Entwurf des Unterhauses und des Senats für die Zolltarifnovelle auszugleichen, ist nunmehr dem Unterhaus zugegangen. Keine Einigung wurde innerhalb der Konferenz erzielt über die Zollerhöhung für Zucker, Holz, Dachziegel, Zement und Silber, ebenso wenig über die Ausfuhrprämien für landwirtschaftliche Produkte und die Abschaffung der Begünstigung des Präsidenten, einzelne Zölle in Verwaltungswege zu ändern. Wie die demokratischen Blätter erfahren, stellt der Konferenzbericht die größte bisher erzielte Zollsenkung dar. Er erhöht die Zölle für über 800 Warenarten und verteuert durch die Zollerhöhungen auf Schuhe, Wolle, Fleisch und Zucker die Lebenshaltung des amerikanischen Volkes um 1 Million Dollar pro Jahr.

Rede Hoovers über die Wirtschaftskrise

Washington, 2. Mai. Bei dem offiziellen Schlussakt der Handelskammer der Vereinigten Staaten hielt Präsident Hoover eine Rede über die Wirtschaftskrise, wie sie sich jetzt, ein halbes

Jahr nach der Börsentatastrophe, darstelle. Hoover erklärte, daß zwar noch nicht alle Folgen überwunden seien, daß aber die seinerzeit ergriffenen Maßnahmen großen Erfolg gehabt hätten. Insbesondere habe die Zusammenarbeit von Behörden und Kommunen, von Handel und Industrie, Landwirtschaft und Arbeitnehmern, Presse und Banken es erreicht, daß eine Panik vermieden und Vertrauen auf wiederkehrenden Wohlstand erweckt worden sei. Vertrauen auf die Zukunft des eigenen Landes sei die Wurzel von Initiative und Unternehmungsgeist. Er halte es zur weiteren Verminderung der Zahl der Arbeitslosen für besonders wichtig, daß die privaten Organisationen im ganzen Lande das im vorigen Jahre aus der Not der Zeit entstandene System freiwilliger Zusammenarbeit beibehalten und ohne direktes Eingreifen der Bundesbehörden für eine nutzbringende Beschäftigung von Kapital und Arbeitnehmern sorgen. Er denke hierbei vor allem an die Beschaffung billigeren Geldes für den Bau von Eigenheimen, die er für einen der wichtigsten sozialen Faktoren halte. Verstärkte Bautätigkeit aber bringe fast allen Industrien Beschäftigung und durch Hebung der Kaufkraft des Verbrauchers gleichzeitig Unterstützung für die Landwirtschaft.

Die Einkommensteuererhöhung in England

London, 1. Mai. Im Unterhaus wurde in der Aussprache über das Budget die Erhöhung der Einkommensteuer erörtert. Nachdem verschiedene konservative Mitglieber die Erhöhung kritisiert und auf Verminderung der Steuern in anderen Ländern, darunter auch angeblich in Deutschland verwiesen hatten, ergriff Snowden das Wort. Er betonte, die Behauptung, England erhöhe seine Steuern, während andere Länder sie herabsenken, entspreche nicht den Tatsachen. Deutschland erhöhe seine Steuern ganz bedeutend. Frankreich habe seine Steuer vermindert, aber um einen Betrag, der geringer sei, als der, den Churchill Frankreich auf Kosten des britischen Steuerzahlers geschenkt habe. Auch habe Frankreich vier Fünftel seiner Staatsschulden durch die Entwertung seiner Währung nicht mehr anerkannt. Wenn gesagt werde, die Steuerberabstimmung sei gut für den Handel, so wolle er darauf hinweisen, daß es in Amerika Millionen Arbeitslose und in Deutschland über 3 Millionen gäbe. Zum Schluss bemerkte Snowden, das Geld müsse aufgebracht werden. Der Änderungsantrag wurde dann mit 256 gegen 139 Stimmen abgelehnt.

Neues vom Tage

Die Kabinettsitzung vom Freitag

Berlin, 2. Mai. Das Reichskabinett trat Freitag vormittag bereits um 9.30 Uhr zusammen, um die gestrigen Beratungen fortzusetzen. Wie wir bereits anfündigten, beschäftigt es sich heute nur mit laufenden geschäftlichen Angelegenheiten; dagegen steht das Problem der Dithilfe nicht auf der Tagesordnung; es wird im Kabinett auch vorläufig nicht eingebracht werden.

Anti-japanische Ausschreitungen in Charbin

Charbin, 2. Mai. Ein aus Chinesen und Koreanern bestehender Volkshaufen griff abends das hiesige japanische Generalkonsulat an. Die Fensterscheiben wurden durch Steinwürfe zertrümmert und die Möbel des Gebäudes beschädigt. Personen kamen nicht zu Schaden. Die chinesische Polizei nahm 32 Verhaftungen vor.

Schweizerfahrt des „Graf Zeppelin“

Friedrichshafen, 2. Mai. Freitag vormittag 8.02 Uhr stieg „Graf Zeppelin“ bei herrlichem Sonnenschein zu seiner Sonderfahrt in die Schweiz auf. An Bord befanden sich 35 Passagiere. Die Führung übernahm Herr von Schiller. Das Luftschiff erschien um 11.00 Uhr über der Stadt Gené und überflog das Völkerbundesgebäude und das Internationale Arbeitsamt in nur ganz geringer Höhe. Um 12.30 Uhr überflog es Bern und entwand in nordöstlicher Richtung.

Der schweizerische Bundespräsident wendet sich an den Präsidenten der U.S.A.

Bern, 2. Mai. Infolge der durch die amerikanischen Zollerhöhungen für die schweizerischen Industriezweige sich ergebenden bedrohlichen Lage hat Bundespräsident Muffly sich in einem Telegramm direkt an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, Hoover, gewandt.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 3. Mai 1930.

Bauernregeln für den Monat Mai

p. Maientau macht grüne Au'; Maienträse unnütze Gasse. Wenn Spinnen fleißig weben im Freien, läßt sich dauernd schön Wetter prophezeien; weben sie nichts wird's Wetter sich wenden, geschieht's bei Regen, wird bald der Mai enden. Lassen die Frösche sich hören mit Anarren, wirft du nicht lange auf Regen harren. Wenn Urban kein gut' Wetter hält, das Weinfäß in die Pfähe fällt (25. Mai). Am Urbanstag Regen, für den Winzer kein Segen. Vor Nachtfrost' bist du sicher nicht, bis daß herein Geratius bricht. Auf nassen Mai kommt trockener Juni herbei. Regen im Mai gibt für's ganze Jahr Brot und Heu.

Die Freie Turnerschaft Altensteig hält am morgigen Sonntag, den 4. Mai, im Gasthof zum „Grünen Baum“ ihre Maifeier ab. Wie aus dem Programm ersichtlich ist, ist für Abwechslung gesorgt. Beginn abends 7 Uhr.

Biliges Baugeld zu 4 Prozent. Die öffentliche Bauparlasse Württemberg veranstaltet am 6. Mai ds. Js. in Altensteig im Gasthof zum „Grünen Baum“ einen Werbe-Vortrag. Es handelt sich hier um eine von der Organisation der öffentlichen Sparkassen zur nachhaltigen Unterstützung der Wohnungsbaufinanzierung gegründete gemeinnützige Anstalt. Sie soll gegenüber anderen derartigen Einrichtungen ganz wesentliche Vorzüge haben: Verbindliche Angaben über die Rechte und Pflichten des Bauparaters; feststehende Wartezeiten; mathematisch zuverlässiges Zuteilungsverfahren; gleiche Chancen für alle Bauparater (also keine Bevorzugung einzelner Kapitalträger); unbedingte Sicherheit der verzinslichen Einlagen; geringste Unkosten und nicht zuletzt einen sehr wertvollen Lebensversicherungsschutz. Dem Bauparater soll jede weitere Unterstützung durch Gewährung der ersten Hypothek, Bauberatung, Beschaffung von weiteren billigen Bauparlanten usw. zuteil werden, die ihm eine wirtschaftlich so starke Organisation wie die der öffentlichen Sparkassen bieten kann. Es dürfte von Wert sein, sich ein Urteil über diese neuartige Bauparlasse durch den Besuch des Vortrags zu bilden. (Siehe Inserat.)

Bezirksstagung der Bäckermeister. Man schreibt uns: Zu einer Bezirksstagung versammelten sich am Mittwoch 30. April die Bäckerinnungen Calw, Neuenbürg, Baiersbrunn, Freudenstadt, Horb, Herrenberg, Altensteig und Nagold im Gasthaus zur „Traube“ in Nagold. Etwa 200 Bäckermeister erschienen, um Auskunft und Rat zu holen und Einblick zu bekommen in all die zur Zeit besonders akuten Berufsfragen, wie Arbeitszeitgesetz, Brotgesetz, Roggenbeimahlungszwang, Lebensmittelgesetz, Berufsausbildungsgelei, Steuerfragen, Zollvorlagen und verschiedene andere Fragen. Die Vertreter des württ. Bäckerinnungsverbandes und der Landeszentrale württ. Bäckerinnungen gaben auch Auskunft und Rat in all diesen Berufsangelegenheiten. Was die Öffentlichkeit besonders interessierten dürfte, ist das Brotgesetz und der Roggenbeimahlungszwang. Während im Brotgesetz die Mehlmischungen zu den verschiedenen Brotarten festgelegt werden sollen, ist in dem Roggenbeimahlungszwang zu förtlichem Weizenmehl (also auch Weizmehl) ein Zusatz von 20-30 Prozent Roggenmehl vorgegeben, so daß es kein reines Weizenmehl mehr geben würde. Was das bedeuten würde, besonders auch für unsere Hausfrauen, wo doch bei uns in Süddeutschland sehr viel Mehlspeisen verzehrt werden, davon kann man sich kaum eine rechte Vorstellung machen. Wer aber dieses Experiment einmal praktisch erproben wird, der wird tief davon überzeugt werden, daß dies einfach unmöglich ist. Hoffen wir, daß es den Bemühungen des Bäckerwerkes im Verein mit den Hausfrauenverbänden gelingen wird, diesen Roggenbeimahlungszwang abzumenden. Andererseits soll es nicht verkannt werden, daß zur Hebung unserer Landwirtschaft in Bezug auf den Verbrauch an Roggen etwas getan werden soll. Aus all diesen Umständen stellen denn auch die Bäcker ein gemischtes Schwarzrot her, mit zwei Drittel Weizen- und ein Drittel Roggenmehl. Daneben werden auch noch reines Roggenbrot und andere Spezialbrote hergestellt. Es dürften damit sowohl die Verbraucher, den Roggenabsatz zu heben, genügend unterstützt, sowie auch die verschiedenen Getreidemischungen weitgehend befriedigt sein. Auch dürfte die Zwangsmaßnahme der Regierung wenig nützen, wenn nicht auch der Konsument zu reichlicherem Genuß von Roggenbrot übergeht. Leider ist es nicht zu vermeiden, daß durch die wiederholten Weizenpreiserhöhungen, verursacht durch die Zollerhöhungen, hauptsächlich das Weißbrotgebäck im Preis etwas erhöht werden muß.

Gaugenwald, 1. Mai. Zur siebten Tochter erhielt Maurermeister Wahl von hier vom Staatspräsidenten eine Ehrenurkunde mit 30 Mark Geldgeschenk, sowie ein Glückwunschschreiben vom Reichspräsidenten.

Calw, 2. Mai. Der Gemeinderat beschäftigte sich gestern mit der Erlassung einer ortspolizeilichen Vorschrift über den Verkehr mit Milch. Schon lange wurde es als Mangel empfunden, daß in bezug auf Milchfällungen genaue Auslegungen über Vollmilch und Magermilch fehlten und infolgedessen eine gerichtliche Verurteilung oft schwer zu erreichen war. Stadtschultheiß Göbner hat nun eingehende Bestimmungen ausgearbeitet und zwar sowohl nach der technischen wie nach der praktischen Seite. Der Hauptwert wurde darauf gelegt, daß der Begriff Milch klar bestimmt wurde und daß die Milchhändler für Verabreichung guter Milch verantwortlich gemacht werden können. Der Gemeinderat nahm die Vorschriften ohne Änderung an. Unter der Hand fand ein Stammholzverkauf statt. Auch dieser befriedigte nicht, doch war nicht mehr zu erzielen. Die Lose ergaben 86-92 Prozent des Taxwertes. Zum Verkauf kamen 1441 Festmeter mit einem Anschlag von 46.404 Mark, der Erlös betrug 41.018 Mark = 88,39 Prozent. Der Ausfall gegenüber dem Taxwert betrug rund 5000 Mark, gegenüber dem Vorjahr sogar 12.000 Mark, was einer Gemeindeumlage von 1 Prozent entspricht. Die Zahlungsbedingungen sind: Innerhalb drei Wochen eine Anzahlung von 20 Prozent, der Rest auf drei Monate unverzinslich, hierauf Verrechnung des Zinses nach dem Reichsbankdiskont. — Nach dem Kulturplan von 1930 kommt zur Ausnutzung eine Fläche von 2,16 Hektar. — Für die Frauenarbeitschule wird die Aufstellung eines Fahrtrageloffs und die Anschaffung von einem größeren Tisch genehmigt. — Der Gesangsverein Konfordia feiert am 31. Mai und 1. Juni sein 75jähr. Jubiläum und hat aus diesem Anlaß eine Festschrift herausgegeben, die den Gemeinderäten zugestellt wird. Bei dem Jubiläums-Konzert wird die Oper „Orpheus“ von Gluck zur Aufführung gebracht. Der Gemeinderat behält sich die Bewilligung einer Jubiläumsgabe bis zum Abschluß des Jubiläums vor. — Im Anschluß an dieses Jubiläum findet am 2. Juni das Kinderfest statt. — Die Gesellschaft der Freunde des Landesamts für Denkmalspflege ersucht die Stadtverwaltung um Erwerbung der Mitgliederschaft mit einem jährlichen Beitrag von 20 Mark. Der Gemeinderat gibt seine Zustimmung und überweist die Festschrift „Württemberg“ an die Bibliothek im Georgenäum.

Pfaffingen, 2. Mai. (Todesfall.) Stadtpfarrer Kupfänger ist an den Folgen einer Blutvergiftung in Stuttgart gestorben. Der Verstorbenen ist in Biberach (Nbh) 1861 geboren und war vom Jahre 1889 ab Pfarrer in Emdingen O. Balingen. Die zweite Stadtpfarrstelle übernahm er im Jahre 1899 in Pfaffingen, erster Stadtpfarrer daselbst wurde er im Jahre 1924.

Horb, 2. Mai. (Gegen den Reichsfinanzkommissionar.) Die Nachricht von der beabsichtigten Aufhebung des Oberamts Horb ließ auch den Gemeinderat nicht unberührt, der die Gelegenheit seiner gestrigen Sitzung dazu benützte, um namens der Stadt Protest gegen die Vorschläge des Reichsfinanzkommissionars einzulegen. Stadtschultheiß Schneider erklärte, daß es unverständlich bleibe, wie der Reichsfinanzkommissionar einen so zentral gelegenen Ort wie Horb ohne weiteres preisgeben lasse. Die Bahn- und Postverhältnisse seien ausnehmend günstig und die Bevölkerung eines weiten Umkreises tendiere wirtschaftlich nach Horb. Einstimmig faßte der Gemeinderat den Beschluß, Staatsministerium und Landtag zu bitten, dem Problem des Landesausgleichs und der Sparmaßnahmen mit geeigneteren Mitteln auf den Leib zu rücken, als sie in dem Gutachten des Reichsfinanzkommissionars niedergelegt sind.

Bildbad, 2. Mai. (Kriegerbundstag.) Zu dem am 25. Mai hier stattfindenden 28. Kriegerbundstag liegen schon gegen 8000 Anmeldungen vor. Die Reichsbahndirektion wird eine Reihe von Sonderzügen ausführen, um den großen Verkehr aus dem ganzen Lande bewältigen zu können.

Craiova, 2. Mai. (Farrenauffauf.) Vor einigen Tagen weilte eine russische Kommission, bestehend aus vier Herren, hier, um für Rußland Vieh anzukaufen. Hier wurden 2 und aus der Blaufelder Gegend 22 bis 24 Färren gekauft. In ganz Württemberg sollen etwa 100 Färren aufgekauft werden.

Heidenheim, 2. Mai. (15 Prozent Umlage.) Der Gemeinderat genehmigte den städtischen Etat für 1930 mit einer Umlage von 15 Prozent wie im Vorjahr.

Schwenningen a. N., 2. Mai. (Zur Stadtvorstandswahl.) Außer Regierungsrat Dr. Benz haben jetzt auch Stadtschultheiß Kommel-Balingen und Bürgermeister Booz-Bühlert ihre Kandidaturen zurückgezogen. Dem bürgerlichen Sammellisten, Regierungsrat Dr. Sonnwein-Heilbronn, stehen jetzt außer dem Kandidaten der Sozialdemokratie, Dr. Sigloch, und demjenigen der Kommunisten, Landtagsabgeordneter Bollmer, noch Regierungsrat Dr. Deederer-Stuttgart und Regierungsbaumeister Kempff-Nürtingen gegenüber.

Münchingen O. Leonberg, 2. Mai. (Angriff auf den Schultheißen.) Schultheiß Repphun von hier wurde in letzter Zeit von einem geistig nicht ganz verantwortlichen Mann beschimpft und belästigt. Am Montag nachmittag kamen der erwähnte Mann sowie ein anderer junger Mann, der bei den Gerichten gut bekannt und zurzeit erwerbslos ohne Unterstützung ist, zu Schultheiß Repphun auf das Rathaus und verlangten unter Drohungen Ersatz für nicht bekommenen Unterstützung. Dabei würgten sie den Ortsvorsteher und schlugen ihn blutig. Als er die beiden soweit bewogen hatte, daß sie mit ihm das Rathaus verließen, lehnten sie auf der Ortsstraße die Belästigungen und Schlägereien durch den ganzen Ort hindurch fort. Die beiden hatten den Zeitpunkt insofern richtig gewählt, als infolge des guten Frühjahrswetters fast der ganze Ort bei der Felderbestellung war, so daß die wiederholten Hilferufe des Schultheißen erfolglos blieben. Der Haupttäter wurde noch am gleichen Abend verhaftet. Die erregte Einwohnerchaft wollte den Mann verprügeln.

Landung des „Graf Zeppelin“

Friedrichshafen, 2. Mai. Heute nachmittag landete nach Rückkehr von der Schweizerfahrt das Luftschiff „Graf Zeppelin“ um 5.10 Uhr glatt auf dem Werksgelände. Als Besonderheit bei dem Landungsmanöver wurde vor der Decksatortenaondeel ein langer Tau betriebsbereit, an dessen unterem Ende zur besseren Sicht eine Flagge angebracht war. An dieser Fahrt nahm u. a. Universitätsprofessor Wiegand aus Dambata teil, der mit Hilfe eines neuartigen Instrumentes Messungen der luftelektrischen Spannung am Luftschiff vornahm. Die anschließenden Versuche, die bei der Südamerikafahrt von Wichtigkeit sind, sollen die bei Gewitter- und Sandstürmen eventuell entstehenden elektrischen Spannungen messen und durch eine besondere mechanische Vorrichtung am Instrument zur Anzeige bringen. — Die nächste Fahrt des Luftschiffes am kommenden Dienstag wird wiederum in die Schweiz führen.

Darmstadt-Kandidatur für den Luftschiffbau

Darmstadt, 2. Mai. Wie Luftschiffbau Zeppelin G.m.b.H., vertreten durch Dr. Ekener und Kapitän Flemming, bestellte gemeinsam mit Vertretern der zuständigen Reichsministerien, der bayerischen Staatsregierung, der Stadt Darmstadt und der Technischen Hochschule Darmstadt das Gelände des „Griesheimer Sandes“, des früheren Truppenübungsplatzes bei Darmstadt hinsichtlich seiner Eignung als künstlicher Luftschiffhafen für den transatlantischen Verkehr. Besichtigungen wurden noch nicht gefast, jedoch hat Dr. Ekener sich, wie verlautet, sehr günstig über das Gelände und seine Verbindungsmöglichkeiten ausgesprochen.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Handwerks im Kommerzbereich Reutlingen. — Bericht für den Monat April 1930. Die Handwerkskammer Reutlingen teilt hiezu mit: Der vergangene Monat brachte nicht, was das Handwerk von ihm für seine Wirtschaft erwartet hatte. Die Beschäftigung wurde wohl im allgemeinen, namentlich in den Saisonberufen, etwas besser, konnte jedoch keineswegs als befriedigend bezeichnet werden. Das zeigte sich vor allem darin, daß die Betriebe bei weitem nicht so aufnahmefähig für Arbeitskräfte waren, wie es sonst um diese Zeit zu sein pflegt. Dem ganzen Geschäft fehlt es an der Flüssigkeit und Beweglichkeit. Ueberall traten Hemmungen in irgend einer Form hervor, die auf den Arbeitsanfall

und die Abwicklung der Aufträge bis zur Bezahlung des Handwerkers sich ungünstig auswirkten. Sogar auf das Osterfest trat keine sonderliche Belebung in der Nachfrage nach handwerklichen Erzeugnissen ein. Die Verminderung der Kaufkraft durch die große und anhaltende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in fast allen Industriezweigen des Kammerbezirks betam es in kürzestem Maße zu spüren. Die Landwirtschaft verhielt sich ebenfalls äußerst zurückhaltend und beschränkt sich nur auf das Notwendigste. Selbst Instandsetzungen werden so lange zurückgestellt, wie es irgend möglich ist. Das gleiche gilt von der Industrie. Auch für sie betam das Handwerk infolge der zahlreichen Arbeitseinschränkungen nicht so viel wie sonst zu tun. Die allgemeine Unsicherheit über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse lähmt jede Unternehmungslust.

Kennzeichnend hierfür sind die bedeutenden Schwankungen im Geschäftsgange, die zu einer stückweise einsehenden und dann wieder fast vollständig abebbenden Nachfrage aus den Kunden- und Abnehmerkreisen des Handwerks führten. Dabei handelt es sich in der Regel um kleinere Sachen, für die aber eine äußerst kurze Lieferfrist verlangt wird. Wer sie nicht einhält, dem geht der Auftrag verloren. Wiederholt kam in den Betrieben zum Ausdruck, wie schwierig dadurch die Betriebsführung wird. Das Ringen um Arbeits- und Absatzmöglichkeiten verschärft gerade im Handwerk sehr stark den Konkurrenzkampf und verschlechtert fortwährend Erlös und Verdienst. Besonders zeigt sich dies bei Vergleichen und hier wieder am meisten auf dem Baumarkt.

Am unerträglichsten empfindet es das Handwerk, daß es das Geld für seine Arbeiten oft nur sehr langsam hereinbekommt. Selbst für kleine Beträge soll lange Kredit gegeben werden. Anstatt daß in dieser Beziehung eine Besserung eingetreten wäre, lauten die Berichte in dieser Hinsicht noch ungünstiger als bisher.

Dabei sieht sich das Handwerk noch teilweise durch Schwarzarbeit erheblich geschädigt und muß sehen, wie ihm dadurch manche so notwendige Arbeitsmöglichkeit verloren geht. Dasselbe ist der Fall beim Wanderhandel, vor allem da, wo dieser mit Kraftfahrzeugen u. d. mit dem Aufgebot einer aufdringlichen und großsprecherischen Kellame arbeitet.

Verschlechtert wird die Lage des Handwerks durch die über- großen Steuerlasten, die namentlich unter den jetzigen Verhält-

nissen, wo das Geld so knapp und ein annehmbares Einkommen aus der gewerblichen Tätigkeit vielfach nicht zu erzielen ist, umso schwerer den einzelnen Handwerker bedrücken.

Die Erleichterung des Geldmarktes machte sich für das Handwerk kaum fühlbar. Das Geld, das es benötigt, muß noch viel zu hoch verzinst werden und vermehrt die Betriebskosten in einer Weise, daß darunter die Rentabilität des Betriebes leidet.

Im ganzen gesehen leidet das Handwerk nicht weniger unter der Wirtschaftskrise als andere Berufsstände.

Spiel und Sport

Sportverein Altensteig

Fußball. Am morgigen Sonntag ist beim Sportverein Altensteig der Fußballklub Calmbach a. Erz mit 4 Mannschaften zu Gast, um die fälligen Rückspiele hier auszutragen. Calmbach a. E. ist in seinem Bezirk Gruppen- und Gaumeister und stellt, besonders was die erste Mannschaft anbetrifft, eine überaus starke und gut eingeleitete Mannschaft ins Feld. Beim Vorspiel in Calmbach a. E. brachte unsere Mannschaft ein nur Unentschieden heraus. Auch die anderen drei Mannschaften sind in guter Verfassung, so daß bei sämtlichen vier Spielen Interessantes zu sehen ist. Der Ausgang der Spiele ist voraus schwer zu sagen, die Altensteiger Mannschaften sollten jedoch durch den Vorteil des eigenen Platzes bessere Aussichten haben.

Rundfunk

Sonntag, 4. Mai: 7 Uhr Morgenkonzert, 8.10 Uhr Morgengymnastik, 10.15 Uhr Kath. Morgenfeier, 11 Uhr Kirchenmusik, 12.15 Uhr Echo, 13 Uhr Kapitel der Zeit, 13.10 Uhr Marsch und Lied, 14 Uhr „Die Siernfabrik“, 15 Uhr Fußball-Länderwettspiel Deutschland-Schweiz, 16.45 Uhr Unterhaltungskonzert, 18 Uhr Vortrag: Psychologie des Wites, 18.30 Uhr Sportfunk, 18.45 Uhr Ariur Ernst Rutra liest aus eigenen Werken, 19.15 Uhr Kleine Violinklänge, 20 Uhr „Sonn“, 22 Uhr Bunte Stunde, 23 Uhr Nachrichten, Sportfunk, 23.15 Uhr Tanzmusik.

Montag, 5. Mai: 6 Uhr Morgengymnastik, von 10 bis 13.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 16.30 Uhr Blumenkunde, 16 Uhr Konzert, 17.45 Uhr Zeit, Wetter, Landwirtschaft, Bericht des Landesarbeitsamts, 18.05 Uhr Vortrag: Richard Dehmel und sein Freundeskreis, 18.25 Uhr Vortrag, 19 Uhr Zeit, 19.05 Uhr Englischer Sprachunterricht, 19.30 Uhr S. Ch. Kaeruel liest aus eigenen Arbeiten, 20 Uhr Konzert, 22 Uhr Wiltb. Soper liest aus der unveröffentlichten Fortsetzung seines Romans „Kampf der Tertia“, 22.30 Uhr Nachrichten, 22.50 Uhr Jazz auf zwei Klavieren.

Legte Nachrichten

Verzicht auf das Panzerschiff B?

Berlin, 3. Mai. Infolge der ablehnenden Haltung des Zentrums und der Demokraten rechnet man, laut „D.N.Z.“ in unterrichteten Kreisen damit, daß die Baurate für das Panzerschiff B aus dem Etat wieder gestrichen wird. Es werde erklärt, daß diese Angelegenheit keine Kabinettsfrage heraufbeschwören werde, ja von den verschiedensten Seiten werde behauptet, daß man an dem Reichsratsbeschlus vollkommen unschuldig gewesen sei.

Hitler-Rundgebung im Sportpalast

Berlin, 2. Mai. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei hielt heute abend im Berliner Sportpalast eine Massenkundgebung ab, in der Adolf Hitler sprach. Um 7 Uhr war der 15 000 Menschen fassende Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Unter den Teilnehmern der Kundgebung sah man u. a. den 80jährigen General Viehmann, Prinz August Wilhelm, Abgeordnete aus dem Reichstag und Landtag. Kurz nach 8 Uhr erschien Hitler in Begleitung des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Göbbels an der Spitze einer Abteilung Nationalsozialisten, die im Stechschritt unter den Klängen eines Marsches den Innenraum betraten. Nach der Eröffnungsrede des Dr. Göbbels zeichnete Hitler zunächst das ungeheure Ringen während des Weltkrieges, das uns so wenig gebracht habe. Man gründe, so jagte er, immer neue Parteien, aber sie blieben doch dieselben. Hitler zeichnete dann die allmähliche Entwicklung seiner Partei und die Anfeindungen, die er mit seiner Gefolgschaft durchzumachen gehabt hätte. 390 000 Aktive und 2 1/2 Millionen Anhänger unterstützten seine Bewegung. Im weiteren Verlaufe seiner Rede wandte sich Hitler gegen die Demokratie. Wer für den Parlamentarismus kämpfe, sagte er, kämpfe für die Dummheit. Der Nationalsozialist müsse immer Antipazifist sein. Keine Bewegung in Deutschland habe so viele und so gute Redner wie die nationalsozialistische. Hitler schloß mit den Worten: Wir stellen nach 2000-jähriger deutscher Geschichte ein Volk auf, das das dritte Jahrtausend gestalten wird.

Es bleibt beim Stahlhelmsverbot

Berlin, 3. Mai. Der Reichsminister des Innern hat, wie der Sozialdemokratische Pressedienst erfährt, dem preuß. Ministerpräsidenten und dem preuß. Innenminister durch Schreiben vom 2. Mai mitgeteilt, daß er auf die für den 9. Mai in Aussicht genommene Besprechung über die eventuelle Aufhebung des Stahlhelmsverbots für Rheinland und Westfalen verzichte. Reichsinnenminister Dr. Wirth begründet diesen Verzicht u. a. mit einer Rede des Stahlhelmführers Düsterberg in Magdeburg. Immerhin wäre das Verbot auch ohne den Verzicht Wirths auf die Besprechung nicht aufgehoben worden, da, wie der „Vorwärts“ betont, die preußische Regierung einschließlich der Zentrumsminister gegen die Aufhebung ist.

Naturnäheles Wetter für Sonntag und Montag

Unter dem Einfluß des nördlichen Hochdrucks ist für Sonntag und Montag vielfach heiteres und trockenes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Kiefer'schen Buchdruckerei, Altensteig. Verantwortlicher Schriftleiter: Erwin Vollmer.



Bewährte Hilfe bei Rheumatismus

bieten die weltbekanntesten Heilmittel Dr. Heumann's „Gicht- und Rheuma-Tabletten“ (Bestell-Nr. 33, Packung Mk. 4.—) bringen die Gichtknoten, den Hauptverderber der Gicht- und Rheumabeschwerden zum Weggehen. Außerdem arbeiten sie neuen Gichtknoten-Ansammlungen durch Lösung des Stoffwechsels entgegen. — Dr. Heumann's „Gicht- und Rheumakügel“ (Bestell-Nr. 34, Packung Mk. 2.50) ist äußerlich anzuwenden und hilft rheumatische Schmerzen zu lindern.

bei Erkältung

Dr. Heumann's „Eukalyptus-Tabletten“ (Bestell-Nr. 45, Packung Mk. 2.50). Bekämpfen die weitere Fortschreitung der Bakterien, die die Träger von Hals- und Mandelentzündungen, Katarrhen, Eukalyptus usw. sind. Auch als Vorbeugungsmittel gegen Ansteckung sind sie vorzüglich geeignet. — Unterstützt wird ihre Wirkung durch Dr. Heumann's „Eukalyptus- und Eucalyptus“ (Bestell-Nr. 46, Preis Mk. 0.95). — Gegen Schnupfen hilft Dr. Heumann's „Schnupfenpulver“ (Bestell-Nr. 62, Packung Mk. 0.75).

bei Nervenleiden

Dr. Heumann's „Nervendrüsen“ (Bestell-Nr. 47, Packung Mk. 4.—). Beruhigen die Nerven und enthalten wichtige Nervennährstoffe als Erfolg für das verbrauchte sogenannte Gehirn. Durch Lösung des allgemeinen Leidens macht sich ein erkranktes Gehirn sehr bald eine Besserung bemerkbar. — Gegen alle hartnäckige Kopfschmerzen helfen Dr. Heumann's „Gehirn-Tabletten“ (Bestell-Nr. 18, Packung Mk. 2.—) und wenn der erkrankte Schädel (siehe Dr. Heumann's „Tabletten gegen Schlaflosigkeit“ (Bestell-Nr. 64, Packung Mk. 2.20).

bei Verstopfung

Dr. Heumann's „Ballonade Mitten“ (Mitteln: Bestell-Nr. 12, Packung Mk. 2.—); Bärte; Bestell-Nr. 13, Packung Mk. 2.50). Lösen und befeuchten angehäufte Verdauungsrückstände und betreiben die Haut von Innereingeweiden, Nieren, Milzflecken usw. — Spezial-Abführmittel: Dr. Heumann's „Abführmittel für Wöchnerinnen“ (Bestell-Nr. 5, Packung Mk. 2.50), Dr. Heumann's „Abführmittel für Kinder“ (bei Bestellung Alter angeben! Packung Mk. 0.90 bis 1.20).

Zu haben in allen Apotheken. — Bestellen Sie das Dr. Heumann's Buch kostenlos von Dr. Heumann & Co., Reutlingen. Es gibt wertvolle Aufschlüsse über das Verhalten bei diesen Krankheiten und enthält alle Heilmittel über sämtliche Heilmittel von

Pfarrer Heumann

Die **Altensteig-Stadt**
Invalidenversicherungs-Beiträge
 der freiwillig Versicherten für die Monate März und April werden am Montag, den 5. Mai ds. Js., vormittags von 7-12 Uhr eingezogen. Pünktliche Bezahlung wird erwartet.
 Stadtpflege.

Fünfbronn.
Die Straße von hier nach Simmersfeld
 ist wegen Korrektionsarbeiten vom 5. bis 10. Mai ds. Js. für Lastfahrwerke

gesperrt.
 Schultheißenamt.

Fünfbronn.
Holz-Verkauf.
 Aus dem hiesigen Gemeindevald kommen am **Donnerstag, den 8. Mai ds. Js.,** nachmittags 2 Uhr auf dem Rathaus im öffentlichen Auktionslokal zum Verkauf:
 6 Stück Langbuchen
 19 Nm. Buchenanbruch
 243 Nadelholz-Anbruch
 68 Papier-Roller
 42 Stück Baustrangen
 Kl. I., 80 St. Kl. II., 3 St. Kl. III., 29 St. Kl. IV., 52 St. Kl. V.
 2 Stück Hopfenstrangen Klasse I.
 Liebhaber sind eingeladen. Losverzeichnis durch das Schultheißenamt.
 Fünfbronn, den 2. Mai 1930. Gemeinderat.

Geschäftsmitteilung!
 Bringe hiermit den Herren Geschäftsleuten von Altensteig und Umgebung zur Kenntnis, daß ich mit meinem luftbereiften 2 1/2 Tonnen-
Lastwagen
 Transporte aller Art bei billigster Berechnung ausführe. Empfehle den Wagen auch zu Möbeltransporten, da schonende Behandlung zugesichert wird.
 Ich bitte höflichst um geneigten Zuspruch.
Karl Henzler, Lastwagenvermietung
Altensteig (obere Stadt).
 Unter Telefon 79 zu erreichen.

Altensteig.
Deiter-Confitüren:
 Bierfrucht 1 Pfund —.45
 Apfelgelee 1 „ —.50
 Pflaumen 1 „ —.55
 Preiselbeer 1 „ —.60
 Himbeer 1 „ —.80
 Erdbeer 1 „ —.85
 sämtliche Sorten in Eimern à 5, 10, 25 Pfd.
 ferner in hübsch dekorierten Eimern à 2 Pfd.
Bierfrucht M. 1.- Aprikosen u. Pflaumen M. 1.15
Kostproben gratis!
 Spanische Orangen 1 Pfd. 25 ¢, 3 Pfd. 75 ¢
 Span. Blutorange 1 Pfd. 30 ¢, 3 Pfd. 85 ¢
 1ste oval Blutorange 1 Pfd. 35 ¢, 3 Pfd. 1.—
 1ste gelbe Zitronen 10 Stk. 60, 70, 80 ¢
 empfehle von frischen Sendungen
Chr. Burghard jr.

Freie Turnerschaft
 Morgen Sonntag
 12 Uhr
Freund-
schafts-
spiel
 gegen Eb. Vefigheim 1

Altensteig
 Suche sofort ein
Mädchen
 für Küche und Haushalt
 Seeger zur „Traube“

Ein ordentliches, pünktliches, jüngeres
Mädchen
 zum sofortigen Eintritt gesucht von Frau Albertine Hauser zur „Linde“ Ebhausen.
 Fahre am Montag zum **Basler Jahrmart**
 Abfahrt 1/4 Uhr ab Simmersfeld über Grömbach, Edelweiler, Pfalzgrafenweiler.
 Hart, Telefon 14

Gesucht werden zirka
1500 Mt.
 gegen gute Sicherheit!
 Näheres zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Blattes

Schlenkers Hähneragentod
 erhalten Sie seit 25 Jahren in den Schuhhandlungen in Altensteig und bei Eugen Salber in Pfalzgrafenweiler. Unlehlbare Dornstötung garant.

Kirchliche Nachrichten.
Ev. Gottesdienst.
 Sonntag Miseric. 4. Mai, Vormittagsgottesdienst um 1/2 10 Uhr mit Predigt über Offenb. Joh. 7, 9-17: Glauben und Hoffen. Lied 534, 549.
 Nachher Kindergottesdienst, Nachmittags 1/2 2 Uhr Christenlehre mit den Söhnen.
 Abends 8 Uhr Gemeinschaftsstunde.
 Am Dienstag abend 8 Uhr Bibelstunde im Lutheraal.

Methodistengemeinde.
 Sonntag, den 4. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr Missionspredigt: Missionar G. Kieker über Ap. 16, 9, 10. „Der Ruf aus der Heidenwelt“.
 Vormittags 10 1/2 Uhr Sonntagschule.
 Nachmittags 2 Uhr Missionsfest: Derselbe über: „Meine Arbeit in der Methodistischen Mission in Togo, Central Westafrika. Lichtbilder aus der Mission in Togo, Westafrika.“
 Montag abends 8 Uhr Missionsbazar.
 Mittwoch, den 7. Mai abds. 8 1/2 Uhr Bibel- und Gebetsstunde

Sportverein Altensteig
 Mitglied d. S. F. und L.-V.
 Am Sonntag, den 4. Mai 1930
Freund-
schafts-
spiele
 11-12 Uhr vormittags
 H. S. Calmbach a. Enz
 A. S. Sportverein Altensteig
 1/2-1/3 Uhr nachmittags
 Jugend Calmbach a. E.
 Jug. Sportverein Altensteig
 1/2-3-4 Uhr nachmittags
 I. R. Calmbach a. E.
 I. R. Sportver. Altensteig
 4-1/2 6 Uhr nachmittags
 II. R. Calmbach a. E.
 II. R. Sportver. Altensteig.

Radsportverein Altensteig.
 Morgen Sonntag
Frühjahrs-
Ausfahrt
 nach Effringen
 Abfahrt 1/2 12 U.
 beim Bahnhof. Der Fahrwart.

Altensteig
 Zwei aufgemachte
Leiterwagen
 (Ruhwagen)
 zirka 10 Zentner
Roggenstroh
 sowie einen zweirädrigen
Handwagen
 mit Brems, gibt billig ab
 Karl Frey, Straßenwart.

LUGER
 Best
Käse
 zum Abendisch!
 feiner holländer
 Edamer Pfd. 80 ¢
 softer Emmen-
 taler 1/2 Pfund 40 ¢
 Emmentaler o. R.
 Carton 6 tellig 88 ¢
 Stegried Gold
 Streichkäse 20 ¢
 Schachtel
 Feinster Limburger
 Stangenkäse 44 ¢
 Pfund
 Frisches, billiges
Gemüse
 trifft heute ein.

Fünfbronn.
 Ein 1 1/2 Jahre altes
Rind
 hat zu verkaufen.
Großmann.

Ein zum erstenmal 9 Wochen
 trächtiges
Mutter-
schwein
 verkauft
 Kupps, Gaugenwald.

Café Lenk
 empfiehlt Samstag und Sonntag
EIS Vanille und Fruchteis
 sowie Eisgetränke

Einladung!
 Am Dienstag, den 6. Mai, abends 8 Uhr
 veranstaltet im Saale des Gasthofs zum „Grünen Baum“ hier die von den württembergischen öffentlichen Sparkassen betriebene

Oeffentliche
Bausparkasse Württemberg
 durch einen ihrer Beamten einen
Vortrag
 mit anschließender Aussprache.
 Hiezu ist jedermann, auch die Frauen, herzlich eingeladen.

Städt. Sparkasse Altensteig.
 Altensteig.

Der Wirts-Berein
 bringt ab heute durch die Erhöhung der Biersteuer folgende Preise:
 1 Flasche Lagerbier 6/10 45 Pfg.
 1 Flasche Spezialbier 6/10 55 Pfg.
 1 Glas Bier 0,3 22 Pfg.
 Der Wirts-Berein.

Besenfeld.
 Sonntag, den 4. Mai 1930
Metzelsuppe
 mit
musikalischer Unterhaltung
 wozu höflichst einladet
Familie Kilgus zum „Löwen“.

Altensteig
 Eine
3-Zimmerwohnung
 wird für sofort oder später zu mieten gesucht.
 Angebote an die Geschäftsstelle des Blattes.

Schirme
 bei
Carl Pflomm, Nagold (Vorstadt)

Ca. 20 Fm. Rundholz
 (auch Forche) sucht zu kaufen. Stroh kann in Tausch gegeben werden. Niedrigste Preisofferte mit näherer Angabe der Lage sind schriftl. unter R. B. 100 an die Geschäftsstelle ds. Bls. einzureichen.

Bettfedern-
Reinigungsanstalt!
 Wer seine Federn reinigen lassen will, wolle sich bis Montag anmelden
Karl Schweizer am Stadtgarten

